

# Dr. Joseph Wirth: Zentrumspolitker – Reichskanzler

(geb. 6. September 1879 in Freiburg, gest. 3. Januar 1956 in Freiburg)

Hugo Ott

*In Freiburg hatten sich etliche Hochmögende schwer daran getan, dem Andenken an den Reichskanzler gerecht zu werden. Das verdankte sich der Nachkriegszeit mit den Problemen des Kalten Krieges und der totalen Differenzen in der West-Ost-Politik. 1979 sollte der 100. Geburtstag möglichst still vorübergehen. »Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Josef Wirth. Blüten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch. Hrsg. von Gernot Erler und Karl-Otto Sattler 1980« – dieses Buch rüttelte auf. Längst ist diese Haltung überwunden, und Dr. Joseph Wirth hat den ihm gebührenden Rang erhalten. Die Joseph-Wirth-Stiftung e. V. ist beim Kulturbürgermeister der Stadt Freiburg in guten Händen und arbeitet erfolgreich in der Friedens- und Verständigungspolitik.*

»Von der Parteien Gunst und Haß verzerrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte«, mit diesem Schillerzitat (Wallenstein) leitete Stadtpfarrer Dr. Ernst Föhr, der spätere Generalvikar der Erzdiözese Freiburg und enger Freund aus der Zentrums- partei, seine Traueransprache ein, um dem verdienten Politiker der Weimarer Republik, in der Nachkriegszeit aber verfemten Mann, gerecht zu werden. Die tiefschürfende Grabpredigt fasste die wesentlichen Elemente einer Bewertung und Würdigung zugleich zusammen. Der frostige Januartag 1956 hatte zwar einem im Innersten vereinsamten Menschen einen friedlichen Tod beschieden, mit seiner Kirche und mit seinem Gott versöhnt und in einem engen Freundeskreis aufgehoben, aber die Auseinandersetzung mit dem Politiker Wirth, der in schwerer Zeit Verantwortung übernommen hatte, dem aber eine adäquate Mitarbeit am Wiederaufbau des demokra-

tischen Deutschland nach dem Krieg nicht möglich wurde bzw. verwehrt blieb, stand noch bevor, ja sie ließ lange auf sich warten, weil der Altreichskanzler eher in Vergessenheit geriet, und das ihn verachtende Umfeld, nicht zuletzt in Freiburg, dem bekennenden Freiburger überwiegend negative Epitheta zuwies. Besonders bei einigen Kommunalpolitikern der Freiburger CDU herrschte eine unvergleichlich feindselige Atmosphäre. Diese Vertreter waren freilich nicht mit einem geschichtlichen Wissen gesegnet.

## Im Schatten und im Schutz des Münsters »Unserer Lieben Frau«

In der Herrenstraße aufgewachsen, in dem behaglichen Ambiente um das Münster, dessen Glocken die Tagzeiten und die Hohen Feste bestimmten, eingebunden und behütet in ei-



Grabmal von Joseph Wirth auf dem Hauptfriedhof in Freiburg i. Br., Foto: Urs Fessler

nem bodenständigen Elternhaus, geprägt vom Vater, der sich zum Maschinenmeister beim Verlag Herder emporgearbeitet hatte, sozialpolitisch im katholischen Umkreis aufgehoben als Mitglied der Zentrumspartei, und von der Mutter – sie stammte aus dem nahen Munzingen, wo ein ordentlicher Wein wächst und ein feiner Spargel gedeiht –, die ihre bäuerliche Lebenswelt den drei Söhnen vermittelte, durchlief der begabte Bub die gymnasiale Ausbildung an der Oberrealschule, an der er später unterrichten sollte, und begann nach dem Abitur das Studium der Mathematik und Naturwissenschaften, durchaus auch weitere Disziplinen miteinbeziehend: vor allem die Nationalökonomie, aber auch Philosophie blieb ihm nicht fremd. Er hörte vor allem Vorlesungen des 1908 nach Freiburg berufenen Nationalökonomens Karl Diehl, der von einem

kulturphilosophischen Ansatz ausging und sich mit gesellschaftlichen Theorien befasste. Seine 25 Vorlesungen über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, in einem Buch zusammengefasst, erlebten mehrere Auflagen und wurden zu einem Bestseller. »Der Einzelne und die Gemeinschaft« – unter dieser Fragestellung stand das wissenschaftliche Interesse von Karl Diehl, der bis in die beginnenden 1940er Jahre in Freiburg wirkte und maßgeblich im Umfeld des »Freiburger Kreises« anerkannt war. Wirth, ein nüchterner Naturwissenschaftler und Mathematiker, dessen Dissertation »Über die Elementarteiler einer linearen homogenen Substitution« (1906) bei Professor Stickelberger mitbetreut worden ist von dem jungen, aus München gekommenen Privat-Dozenten Alfred Löwy, mit dem Wirth bis zu dessen Tod 1935 in Verbindung stand.

In diesen frühen Freiburger Jahren brachte sich Wirth mit großem Elan in die Akademische Vinzenzkonferenz ein, deren Präsident er von 1909 bis 1914 war – klar abgegrenzt vom sonstigen studentischen Verbindungswesen – immerhin seit 1908 etatmäßiger Professor am Freiburger Realgymnasium (das nachmalige Keplergymnasium). Dieses soziale Interesse und Engagement vertrat er auch nach seinem Eintritt in die Zentrumspartei, wo er rasch über ein kommunales Mandat bereits 1913 als Freiburger Abgeordneter in die zweite Kammer der badischen Landstände in Karlsruhe einzog. Der Weg in die große Politik war eröffnet und wurde konsequent verfolgt: Schon im Frühjahr 1914 errang er für den Wahlkreis Offenburg das Reichstagsmandat, das sich dem glänzenden Redner und zugleich volkstümlich argumentierenden Politiker wider Erwarten verdankte. Seine rhetorischen Qualitäten waren rasch bekannt geworden und blieben sein Markenzeichen. Jetzt waren die Würfel gefallen: statt Schuldienst in

Freiburg volle politische Arbeit in Berlin, für die Wirth ein klares Profil einbrachte – in der Zeit des Weltkriegs in hohem Maß vonnöten. Er konnte sich in seiner politischen Arbeit auf markante Freunde des badischen Zentrums stützen, die Zentrums-Prälaten Theodor Wacker und Josef Schofer, den Rechtsanwalt Ferdinand Kopf und besonders auf Konstantin Fehrenbach, der bald in der ersten Riege der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags spielte und in den Kriegsjahren das Amt des Reichstagspräsidenten innehatte. Freiburg war in Berlin stark repräsentiert.

### November-Revolution und erstes Ministeramt – auf dem Weg in die Reichsregierung

In den Wirren der Novembertage kam Wirth, der die Ausrufung der Republik am 9. November in Berlin erlebte, am 10. November ins Mittelbadische und dann nach Karlsruhe, wo er in der »Badischen vorläufigen Volksregierung« – noch hatte der Großherzog nicht abgedankt – das Amt des Finanzministers übernahm. Das war der Beginn einer steilen Karriere, die ihn über verschiedene Funktionen im März 1920 in die Position des Reichsfinanzministers als Nachfolger von Matthias Erzberger brachte, dessen Linie er überzeugend fortsetzte. Jetzt war er in das Kabinett von Reichskanzler Constantin Fehrenbach, seinem Freiburger Parteifreund, eingebunden.

### Reichskanzler Constantin Fehrenbach und Reichskanzler Joseph Wirth

Der 54. Deutsche Katholikentag im August 1907 in Würzburg wurde vom badischen

Zentrumspolitiker, dem Freiburger Rechtsanwalt (Strafverteidiger) Constantin Fehrenbach präsiert und war eine gewohnt prächtige Veranstaltung des katholischen Deutschland, vom Präsidenten hervorragend geleitet. Dieser Würzburger Katholikentag brachte Fehrenbach den Durchbruch, da er erstmals reichsweit bekannt wurde. Fehrenbachs Name prägte sich auf der politischen Ebene des Deutschen Reiches ein durch seine mutige und glänzend formulierte Reichstagsrede vom 3. Dezember 1913 zur Zabernaffäre, als er den Reichskanzler Bethmann-Hollweg und den Kriegsminister regelrecht vorführte und den preußisch getönten Militarismus und die preußische Überheblichkeit den Elsass-Lothringern gegenüber an den Pranger stellte. Als liberaler Badener hob er auf die kulturellen, die geschichtlichen und die sprachlichen Gemeinsamkeiten der Gebiete beidseits des Rheins ab und war besorgt über die Gefährdung der Akkulturation des Reichslandes. Wer diese Rede auch heute noch liest, ist beeindruckt von der Klarheit der Argumente, der politischen Weitsicht, der Entschiedenheit seiner Rechtspositionen. Diese Rede wurde mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall belohnt und – natürlich – mit Missfallensbekundungen von rechts quittiert. Fortan spielte Fehrenbach in der ersten Riege der Zentrumsfraktion des Reichstags und im interfraktionellen Szenario. Ihm wurde in der Schlussphase des kaiserlichen Deutschland das Amt des Reichstagspräsidenten übertragen.

Fehrenbach hatte also schon viele parlamentarische Meriten erreicht, als er in schwieriger innen- und außenpolitischer Atmosphäre und bereits auf die 70 zugehend im Februar 1919 die Wahl zum Präsidenten der Weimarer Nationalversammlung annahm und damit maßgebliche Mitarbeit an der Weimarer Verfassung trug, aber auch die schmerzliche



Joseph Wirth, 1920,  
Foto: Bundesarchiv, Bild 146III-105/CC BY-SA

Erduldung des Diktatfriedens von Versailles hinnahm, den er in erschütternden Reden in der Nationalversammlung begleitete. Er hatte in dieser Phase bereits eine freundschaftliche, badisch getönte Nähe zu Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten gefunden, wie ihm überhaupt attestiert wurde, er habe sich als Präsident der Nationalversammlung durch »redliche Unparteilichkeit und die Gewandtheit seiner weichen, aber festen Hand auf allen Seiten des Parlaments« Vertrauen erworben.

Die schwierigen Monate nach Versailles, als die junge Republik von Krise zu Krise wankte (vor allem der Kapp-Putsch vom März 1920) wurden durch die sog. Weimarer Koalition, den sie tragenden Parteien aus SPD, Zentrum und DDP, einigermmaßen glimpflich gemeis-

tert. Doch zerbrach dieses Bündnis nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, wonach keine tragfähige parlamentarische Mehrheit zustande kam.

Constantin Fehrenbach wurde erneut in die Pflicht genommen, da angesichts der völlig verworrenen innen- und parteipolitischen Situation nur einem Zentrumspolitiker die Bildung einer neuen Regierung gelingen konnte. Vor allem der Reichspräsident drängte Fehrenbach, der schließlich nachgab, seinen Entschluss freilich als »schweres Opfer« ansehend und eine höchst undankbare Aufgabe übernehmend. Er verließ nur ungern seinen Posten als Präsident des Reichstags, den er souverän ausgeübt hatte. Dem neuen Kabinett gehörte als Reichsfinanzminister wiederum Joseph Wirth an, der freilich eine kritische Distanz zu seinem Freiburger Kanzler pflegte.

Eigentlich war es eine Sisyphus-Arbeit, die bevorstand, auf einer zu schmalen parlamentarischen Basis, bei unzureichender Solidarität in der eigenen Fraktion, bei weiterhin steigender Inflation, der Oberschlesienproblematik, und vor allem bei dem unerbittlichen »Pariser Diktat«, d. h. der Fixierung der Reparationssumme nach dem Versailler Vertrag auf 132 Milliarden Goldmark, eingebettet in das »Londoner Ultimatum«. Auf der Reparations-Konferenz in Spa vom Juli 1920 hatte der Kanzler noch große Zuversicht auf eine Vernunftregelung. Die Weigerung der USA im Mai 1921 das deutsche Vermittlungsangebot zu unterstützen, führte zum »sang- und klanglosen« Rücktritt der Regierung Fehrenbach mit der bösen Begleitmusik des »Londoner Ultimatus« vom nächsten Tag, d. h. der Androhung des Einmarsches alliierter Truppen in das Ruhrgebiet bei Nichterfüllung der festgesetzten auf Jahrzehnte berechneten Reparationszahlungen – die schwerste politische Hypothek der jungen, gefährdeten Weimarer



Republik, für deren spätere Konsequenzen die Siegermächte freilich keine Verantwortung übernehmen wollten.

Fehrenbach war Realist genug und wollte, wie er seinem Parteifreund, dem Prälaten Schofer schrieb, eine Politik verfolgen, die auf »Verständigung unter Vermeidung leidenschaftlicher Parteikämpfe« zielte. Im Grunde gewann er die großen Linien seines politischen Denkens und Handelns aus der Gedankenwelt einer christlichen Staatsweisheit. Im politischen Kampf konnte Fehrenbach weder die fortschreitende Inflation aufhalten, noch die innenpolitische Lage stabilisieren, noch von den Siegermächten Kompromissbereitschaft erwarten oder gar erreichen. »Wir sind militärisch gebrochen, politisch stillgelegt und ringen wirtschaftlich um den kargen Lebensatem«, so Fehrenbach in der Reichstagsrede vom 28. Oktober 1920. Er blieb hoch angesehen. Freiburg hatte ihm die Ehrenbürgerwürde verliehen und die Zentrumsparterie ehrte ihn mit hohen Parteiämtern. Als Fehrenbach am 26. März in Freiburg starb, wurde ihm ein großes Begräbnis zuteil. Das imposante Grabmal auf dem Freiburger Hauptfriedhof bleibt beeindruckend.

Der Nachfolge im Kanzleramt im Mai 1921 ging eine kurze, aber heftige parteiinterne Auseinandersetzung voraus, bis schließlich der auch vom Reichspräsidenten favorisierte Wirtschaftsminister Joseph Wirth das Rennen machte gegen den von einem Teil der Zentrumsparterie ins Spiel gebrachte Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Das politische Profil des neuen Kanzlers, mit 41 Jahren der jüngste je ins Amt gekommene Kandidat, ist unbestritten ausgeprägt und seine Leistung als vielfacher Landes- und Reichsminister und dann als Kanzler trägt Größe. Es ging ihm um Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung, um den »Dienst am Volke in der



Grabmal von Constantin Fehrenbach auf dem Hauptfriedhof in Freiburg i. Br.  
Foto: Urs Fessler

demokratischen Republik«. Wichtig wurde, dass der Kanzler den AEG-Direktor Walther Rathenau in sein Kabinett holte, mit dem er vor allem seine außenpolitische Linie verfolgen konnte.

Er ist der Reichskanzler der Aussöhnung mit Sowjetrußland. Er hat den Rapallo-Vertrag geschlossen, der das geschlagene und außenpolitisch manövrierunfähige Deutschland und das international verfemte bolschewistische Rußland zusammenführte, indem beide Nationen einen Schlusstrich unter die Ergebnisse des Weltkrieges zogen, diplomatische Beziehungen aufnahmen und vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht Vereinbarungen trafen, die ungemein wirksam wurden. Er ist der Kanzler, der dem toten Freund Walther Rathenau, dem Opfer fanatischer Terroristen

vom rechtsradikalen Spektrum, im Reichstag die erschütternde Totenrede hielt.

### »Dieser Feind steht rechts« ■

Noch blieb der Reichskanzler beschwert mit der schlimmen Erinnerung an den feigen Mord, dem sein enger Parteifreund vom Zentrum, Matthias Erzberger, am 26. August 1921 im friedlichen Schwarzwald bei Bad Griesbach erlegen war. Landschaft und Gegend waren ihm wohlvertraut – seine echte heimische Region. Der Kanzler war zur Beisetzung am 31. August ins württembergische Biberach gereist, wo Zehntausende dem hochverdienten, geachteten, aber auch zugleich geächten, dem geliebten und zugleich verhassten Politiker das letzte Geleit gaben. Wirth hielt eine kämpferische, bekennende Grabrede: »... das Vaterland ist in Gefahr. Ich meine nicht nur die Republik, ich meine nicht nur den demokratischen Staat, nein, aus diesem Mord heraus kann der ganze Staat in Gefahr kommen. ... Das neue Deutschland kann nur bestehen auf christlicher, sozialer Grundlage. Unser Staat wird ein Volksstaat sein, wie unser Freund ihn erstrebt hat, oder er wird nicht sein!«

In der Tat: Es war ein Anschlag auf die höchst gefährdete Weimarer Republik. Der Hass gegen den toten Erzberger nahm kein Ende. An der Mordstelle hatte ein Unbekannter einen Spottvers abgelegt: »Er starb allhier von Mörderhand, weil er verriet das Vaterland. Er war des Zentrums Perle, sonst ein gemeiner Kerle«, und in Berlin sangen zu nämlicher Zeit rechtsradikale Studenten, den Choral von Leuthen abwandelnd: »Nun danket alle Gott für diesen braven Mord! Den Erzhalunken, scharrt ihn ein, heilig soll uns der Mörder sein, die Fahne Schwarz-Weiß-Rot!«

Dem Attentat auf Walther Rathenau in den Morgenstunden des 24. Juni 1922 war eine dreitägige erbitterte, von Hass und Wut gezeichnete Reichstagsdebatte vorausgegangen, in der die reparationspolitischen Ergebnisse, die Rathenau als sog. Wiederaufbauminister des ersten Kabinetts Wirth im Herbst 1921 mit den Franzosen ausgehandelt hatte, der parlamentarischen Beschlussfassung unterzogen wurden. Diese Redeschlacht ließ ein weiteres Mal die grundsätzliche Frontstellung der äußersten Rechten in Gestalt der deutschnationalen Volkspartei im Verbund mit den Linksparteien deutlich werden und ließ erkennen, dass das auf der Koalition von SPD, Zentrum und DDP beruhende Kabinett Wirth und die außenpolitischen Erfolge von Rapallo-Vertrag (16. April 1922) und allmählicher Auflockerung des Londoner Ultimatums vom Mai 1921 durch die innenpolitische Feindsituation entscheidend paralysiert zu werden drohten.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Karl Helfferich, während des Krieges in höchsten Reichsämtern, vor allem als Vizekanzler von großem Einfluss, ein Finanzwissenschaftler von hohen Graden, verstieg sich zu der Forderung, dass die Regierung vor den Staatsgerichtshof gehöre, deutlich gezielt auf den Kanzler und den Außenminister, zu dem er seit 1915 in einem intimen Feindverhältnis stand. Da war zu hören: »Die Politik der Erfüllung hat uns, das will ich einmal kurz zusammenfassen, die furchtbare Geldentwertung des deutschen Geldes gebracht, unseren Mittelstand zermalmt, hat zahllose Menschen in Verzweiflung und Selbstmord getrieben, sie hat große wertvolle Teile unseres nationalen Produktionskapitals dem Ausland ausgeliefert, sie hat unsere wirtschaftliche und soziale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert.«

Die Gewitterwolken stiegen bedrohlich auf. Die Atmosphäre war unerträglich aufge-

laden. Am Morgen des 24. Juni kurz vor elf Uhr ließ sich Rathenau im offenen Wagen ins Auswärtige Amt fahren, und da trafen ihn die todbringenden Maschinengewehrsalven des Kommandos Consul. Was Wunder, dass in der unvorstellbaren Turbulenz der nachmittäglichen Reichstagsitzung, die als Trauerkundgebung für Rathenau angesetzt worden war, Helfferich und Genossen vom Plenum und von den Tribünen als die eigentlich Verantwortlichen, nämlich als die intellektuellen Mörder, markiert wurden und einer Lynchjustiz nicht mehr fern waren. Der Kanzler, dem nicht nur ein Freund, sondern auch die wichtigste Stütze seines Kabinetts genommen war, beschwor in einer Würdigung die Kräfte der Verständigung und Versöhnung, aber auch einer wehrhaften Demokratie, die gegen die Mordhetze, der bereits Erzberger und andere Politiker zum Opfer gefallen waren, endlich im Bündnis von Arbeiterschaft und bürgerlichen Schichten aufstehen müsse. In einer Schlussformulierung sagte Wirth: »Mahnend und flehend habe ich im letzten Jahr am Grabe eines ebenfalls schmachvoll Ermordeten gerufen: Sorgt in deutschen Landen dafür, daß die Mordatmosphäre allmählich zurückgeht! Der Mahnruf war vergebens. Arbeiter aller Parteien und insbesondere Sie, Vertreter einer wirklich freien bürgerlichen Auffassung, schützt die Republik und unser teures, geliebtes deutsches Vaterland! An das ganze deutsche Volk, an alle Parteien richte ich erneut den dringenden Appell, dahin zu wirken, daß unser Land vor weiteren Erschütterungen bewahrt bleibt.«

Die große Abrechnung der demokratischen Parteien mit den Rechtskreisen, die keinen klaren Trennungsstrich zu den völkisch-nationalistischen Gruppierungen, den Hakenkreuzlern, den paramilitärischen Terroristen gezogen hatten, erfolgte am 25. Juni



Im Garten der Reichskanzlei:  
Dr. Joseph Wirth mit seinem Schäferhund Greif,  
den er sich nach der Ermordung von Walther  
Rathenau zu seinem Schutz zulegte.  
Foto: Joseph-Wirth-Stiftung e. V., Freiburg i. Br.

in einer Sondersitzung, in der die Verordnung zum Schutz der Republik behandelt wurde. In diesem Kontext steht die berühmte Reichstagsrede des Kanzlers, wohl vorbereitet und wohlüberlegt, die mit den vielzitierten Passagen abschloss: »In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: ›Wir sind an der Macht!‹ – Nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, müssen alle Hände, muß jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des





Dr. Joseph Wirth und Mitarbeiter, Sommer 1931 im Garten der Reichskanzlei in Berlin.  
Foto: Alemannisches Institut Freiburg i. Br.

Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören! Da steht (*nach rechts*) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – darüber ist kein Zweifel! Dieser Feind steht rechts! (*stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. – Große langdauernde Bewegung.*)«

Das Kabinett Wirth hatte noch am 24. Juni den Entwurf einer zweiten Verordnung zum Schutz der Republik verabschiedet. Der Reichskanzler war durch die ruchlose Tat des 24. Juni 1922 nicht nur persönlich, sondern auch politisch ins Mark getroffen. Mit Rathenau, dem elf Jahre älteren, dem Grandsigneur, dem Mann von Welt, verband ihn freundschaftliche Zuneigung, mehr noch: Er hatte wesentliche außenpolitische Ziele stark auf die hohe Begabung Rathenaus abgestellt,

ohne freilich sich ihm auf Gedeih und Verderb anzuvertrauen. Jedenfalls hatte Wirth Kraft eingebüßt, das schlingernde Staatsschiff energisch genug mehr zu steuern, zumal in der Geld- und Fiskalpolitik die Teuerungs- und Inflationswelle nach dem Juni 1922 einem Dammbbruch gleich das Land überflutete und die Fahrt zwischen Skylla und Charybdis dem jetzt resignierenden Kanzler nicht gelang. Am 14. November trat Wirth als Reichskanzler zurück und ordnete sich ins zweite Glied ein, übernahm dann im Frühjahr 1930 im ersten Kabinett von Heinrich Brüning das wichtige und einflussreiche Amt des Innenministers bis zum Herbst 1931. Ein interessanter Aspekt in dieser Amtszeit ist die finanziell gesicherte Gründung des Alemannischen Institut im Sommer 1931, aus Liebe zu seiner alemannischen Heimat und Verbundenheit erwachsen.



## Ermächtigungsgesetz vom März 1933 und Ende der parlamentarischen Demokratie

Wirth ist der Zentrumsolitiker, der von der erstarkenden Nationalsozialistischen Bewegung ins Visier genommen und bedroht worden ist. Er hat, sich nur dem Fraktionszwang beugend, dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und dann rasch Deutschland verlassen, da er deutlich bedroht war. Von dieser Auslandsreise wurden sowohl das Auswärtige Amt wie die deutschen Botschaften unterrichtet, so dass Wirth sich völlig legal verhalten hat. Gleichwohl hat er seine alemannische Heimat verlassen und eine unstete Emigration hingenommen. Im Exil nutzte er seine engen, ja freundschaftlichen Beziehungen zum deutschlandpolitischen Berater von Kardinalstaatssekretär Pacelli, dem nachmaligen Papst Pius XII., Pater Dr. Robert Leiber, der vom Bodensee stammte und Wirths Schüler am Freiburger Realgymnasium gewesen war. Er nutzte diese Kontakte, um besonders ab 1935 bei den höchsten vatikanischen Stellen darauf hinzuwirken, dass dem Antisemitismus begegnet werde. Damit war ein Prozess gestartet, um eine Brücke zur Verständigung zwischen Juden und Christen zu bauen. Wirth war auch der Initiator einer 1937 verfassten Denkschrift »Die Kirche Christi und die Judenfrage«, in deren Zentrum eine ausführlich begründete Ablehnung des rassistisch argumentierenden Antisemitismus stand. Wirth hat wesentlich dazu beigetragen, dass in der katholischen Kirche und in der katholischen Theologie das Problem und die Gefahr des Rassismus erkannt und thematisiert worden ist.

Während dieser Jahre war Wirth angewiesen auf Einkommenssicherung und auf Unterstützung befreundeter Stellen, oft als

Bettler, mit der Reichsfluchtsteuer bestraft, ruhelos im Exil umgetrieben, bis er 1939 in Luzern Ruhe und Geborgenheit gefunden hat, gewissermaßen vor den Toren seiner Freiburger Heimat, auf jeden Fall im alemannischen Sprach- und Kulturraum. Hellsichtig und mit prognostischer Kraft das Unheil und die Katastrophe erkennend, freilich verstummt, weil man ihn nicht mehr hören wollte.

## Keine Chance für echte politische Mitarbeit nach 1945 im Umfeld der CDU?

»Ohne Stecken und Stab« sei er nach seinem geliebten Freiburg heimgekehrt, so schrieb Wirth im Januar 1949 an seinen einstigen Parteifreund aus dem badischen Zentrum, Heinrich Köhler, mit dem er freilich seit 1927 innerparteilich total zerstritten war, nach 1945 wieder ausgesöhnt. Köhler hatte im September 1945 nach der endgültigen Zementierung der Besatzungszonen zunächst die nordbadische Verwaltung der zu einem neuen Land Württemberg-Baden vereinigten US-amerikanischen Besatzungszone übernommen, deren Hauptstadt Stuttgart wurde. Köhler war dort vorerst Minister ohne Portefeuille, dann Wirtschaftsminister und im Dezember 1946 Finanzminister. Er war parteipolitisch für den nordbadischen CDU-Bezirk zuständig und durchaus gewillt, Wirth einen sicheren Wahlkreis für den ersten Deutschen Bundestag zu besorgen – etwa im badischen Frankenland, wo Wirth großes Ansehen genoss, das einen erfolgreichen Wahlkampf versprach. Die Chancen für ein politisches Comeback waren positiv. All das wäre Wirth wohl gelungen, wäre Köhler nicht am 6. Februar 1949 überraschend verstorben.



Gedenktafel für Joseph Wirth in der Herrenstraße 15. Foto: Urs Fessler

In der CDU Südbaden hatte Wirth keine guten Karten. Er wurde bei seinen tastenden Versuchen hingehalten und musste schließlich resignieren. Es ist müßig zu spekulieren, wie Wirth bei einem Einzug in den Bundestag 1949 sich eingebracht hätte, vor allem in der deutschlandpolitischen Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer, seinem Konkurrenten um die Kanzlerschaft 1921.

Wirth befand sich in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Pensionsangelegenheit bzw. die Regelung der Wiedergutmachungsleistungen kamen nicht voran. Das alles im Kontext mit der kritisch beobachteten politischen Entwicklung unter dem Kanzler Adenauer. So entstand ein Syndrom von grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Adenauers deutschlandpolitischer Weichenstellung, nicht gelöster Versorgungsfrage, von abgrundtiefer Enttäuschung. Der durch das langjährige Exil zermürbte, ja ausgebrannte Joseph Wirth zeichnete sich in einem Bettelbrief an den Luzerner Stadtpfarrer vom April 1951 wohl zutreffend selbst. Er musste um die Begleichung eines Betrages von 350 SFr

bitten. Die Summe werde zurückbezahlt, sobald die Reichspension als ehemaliger Reichskanzler erlangt sei. »So kann es einem Politiker gehen, der 16 Jahre im Exil gelebt hat. Der Lebensabend ist düster. Ich darf aber nicht verzagen.«

»Ohne Stecken und Stab« – das bedeutete für den Freiburger Wirth aber auch, dass ihm ein wesentliches Stück Heimat weggebrochen war, er im Grunde in seiner Vaterstadt nie mehr heimisch

wurde – auch nach seinem Tod. Man möge uns in Ruhe lassen mit diesem »Kommunistenseckel« – auf diese Formel gebracht und der Ausdruck ist authentisch – machte sich eine breite Stimmung bei den kommunalpolitisch Verantwortlichen Luft, als zum 100. Geburtstag am 6. September 1979 gerüstet werden sollte und viel Wirbel erzeugt wurde.

Es ist dann gelungen, in Freiburg mehr und mehr Verständnis für Wirth aufzubauen. Die Stadt hat sich ihres Sohnes, der aus kleinsten Verhältnissen zu höchsten Ämtern aufgestiegen ist, der wichtige außen- und friedenspolitische Akzente gesetzt hat, mit dessen Namen der entscheidende außenpolitische Befreiungsschlag, der Rapallo-Vertrag vom April 1922 verbunden bleibt, die Stadt hat sich in würdiger Form erinnert, wie dies der Stadtpfarrer Dr. Ernst Föhr in der Trauerpredigt vorgegeben hat: den lebenswürdigen und kauzigen, den einfachen und bescheidenen Menschen, den echten Alemannen zu markieren. Auch dem Politiker gerecht zu werden, gerade unter dem Aspekt der politischen Tätigkeit des Altreichskanz-

lers seit dem Spätsommer 1951 im Bemühen, Deutschlandpolitik unter den Bedingungen des Kalten Krieges zu beeinflussen, einen anderen politischen Weg als den der Westintegration zu suchen und dies alles mit humanitärer Hilfe zu verbinden – so sehr auch der andere Weg utopisch scheinen mochte und dies auch war.

Es sei nochmals Heinrich Brüning als Kommentator herangezogen, der die Jahre und das Wirken Wirths während der Emigration aus den Vereinigten Staaten beobachtet hat – skeptisch. Er blieb bei dieser vorsichtigen Zurückhaltung, als es darum ging, Stellung für die Wiedereingliederung Wirths in die deutsche Nachkriegspolitik zu beziehen. Versöhnlich freilich war der Tenor eines Briefes von Brüning vom 18. Februar 1956 an Föhr, dessen Traueransprache würdigend. Er dankte Föhr für die Verteidigung Wirths, dessen man in den großen New Yorker Zeitungen ausführlicher und in größerer Achtung gedacht habe als in der deutschen Presse. Die deutsche Heimat habe eben keine Vorstellung mehr von der unendlich schweren Arbeit, »die Dr. Wirth in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg für unser Vaterland geleistet hat.«

- Becker, Josef: Heinrich Köhler. Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, Stuttgart 1964.
- Exner, Peter: Die Reichskanzler der Weimarer Republik. Zwölf Lebensläufe, Karlsruhe 2012.
- Hörster-Philipps, Ulrike: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn 1998.
- Knapp, Thomas A.: Joseph Karl Wirth, in: Badische Biographien, NF Band I, Stuttgart 1982.
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.
- Ott, Hugo: »Dieser Feind steht rechts.« Überlegungen zur Reichstagsrede von Reichskanzler Dr. Wirth nach der Ermordung Rathenaus im Jahr 1922, in: Alemannisches Jahrbuch 1979/1980 (1983), S. 189–213.
- Ders.: Reichskanzler Dr. Joseph Wirth. Sein Weg in die Emigration, in: Freiburger Diözesanarchiv 101 (1981), S. 244–261.
- Ders.: Laubhüttenfest. Warum Therese Loewy einsam sterben musste, Freiburg, 3. Auflage 2008.



Anschrift des Autors:  
Prof. Dr. Hugo Ott  
Von-Schnewlin-Straße 5  
79249 Merzhausen